

Politik-Check 2019 des BÖLW anlässlich der Grünen Woche 2019

## Zusammenfassung: Wie enkeltauglich ist die Agrar- und Ernährungspolitik der Bundesregierung?

### ...konsequent?

Viel Aktion, wenig Wirkung mit Blick auf enkeltaugliche Landwirtschaft und Ernährung. Zwar wird erkannt, was sich ändern muss. Vom Stopp des Artensterbens über Klima und Tierhaltung bis zur Züchtungsforschung benennt die Bundesregierung politischen Handlungsbedarf. Aber: Die politischen Weichen stellt die Bundesregierung an den entscheidenden Stellen nur zögerlich oder gar nicht.

Auch geltendes Recht wird unzureichend durchgesetzt (z.B. Tierhaltung) bzw. Ziele eingehalten (Ferkelkastration, Klima, Düngung).

### ...kongruent mit Blick auf Bio?

Die Chance, die für Bauern, Bienen, Klima, Umwelt und Bürger in Bio steckt, nutzt die Bundesregierung unzureichend. Und legt den Bio-Akteuren und jeden, die es werden wollen, an vielen Stellen Steine in den Weg (Tierwohllabel, GAP). Es kommt darauf an, Bio besser zu nutzen und den Umbau von Landwirtschaft und Ernährung zu einer Aufgabe der gesamten Bundesregierung zu machen.

### ...finanziert?

An Geld mangelt es im Topf für Landwirtschaft und Ernährung nicht. Es kommt darauf an, die Mittel mit politischen Willen für einen Umbau der Landwirtschaft und Ernährung einzusetzen.

### ...gut getimt?

Hohe Kosten wegen ernährungsbedingter Krankheiten, Artenschwund, Überdüngung, Höfersterben – all das sind drängende, aber keine neuen Probleme. Der Umbau von Landwirtschaft und Ernährung drängt. Unternehmen und Bürger sind zu Recht ungeduldig. An vielen Stellen läuft die Politik den Entwicklungen von Wirtschaft und Gesellschaft im Bereich von Landwirtschaft und Ernährung hinterher.

## BÖLW-Gesamtbewertung & Forderungen



### Felix Prinz zu Löwenstein, BÖLW-Vorsitzender:

*„Viel Luft nach oben – für enkeltaugliche Landwirtschaft und Ernährung muss Bundesregierung jetzt anfangen konsequent zu handeln“*

Entscheidend für enkeltaugliche Landwirtschaft und Ernährung ist besonders:

- **Öko stärken!** Das Koalitionsvertrags-Ziel von **20 % Öko-Landbau** bis 2030 der Bundesregierung muss durch konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Dazu muss die Zukunftsstrategie Öko-Landbau (ZöL) umgesetzt sowie mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden. Bio muss in allen relevanten Vorhaben der Bundesregierung angemessen berücksichtigt werden.
- **Agrarpolitik umbauen!** Die **Gemeinsame Europäische Agrarpolitik** (GAP) muss darauf ausgerichtet werden, dass *die* Bauern honoriert werden, die Umwelt, Klima und Tiere schützen.
- **Wirksam kennzeichnen!** Produkte aus guter Tierhaltung kann man bereits heute erkennen: am Bio-Siegel. Was fehlt, ist eine **verpflichtende Haltungskennzeichnung** wie beim Ei, die mittelfristig zu einer europäischen Kennzeichnung taugt. Eine staatliche, freiwillige Kennzeichnung, die nur einen Teil der Produkte abdeckt, reicht nicht.
- **Gesunde Ernährung stärken!** Der Bund sollte endlich mit mehr Bio die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung als wirksames Instrument für eine gesunde Ernährung nutzen und Ernährungsbildung voranbringen – vor allem in Kita und Schule.
- **Nachhaltige Forschung ausbauen!** Es muss sichergestellt werden, dass Forschung auf die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie ausgerichtet wird. Wer heute 20 % Bio anstrebt, muss auch ausreichend investieren, um das Innovationspotential von Bio voll zu heben. Aktuell werden nur etwa 1,5 % der Agrarforschungsmittel für Bio-Themen investiert.
- **Gentechnik und Patente:** Die neue Bundesregierung muss sicherstellen, dass Verbote der Patentierung von Pflanzen und Tieren tatsächlich wirksam werden. Neuartige Gentechnikverfahren sind Gentechnik, so hat das höchste europäische Gericht entschieden. Konstrukte von CRISPR-Cas und Co. müssen dementsprechend als gentechnisch veränderte Organismen (GVO) reguliert und gekennzeichnet werden.

Stand: Berlin, 16.01.2019